

# **Politische Instrumentalisierung des Terrorismus**

**ETA und die spanischen Wahlen 2004**

---

**Ulrike Borchardt**

Arbeitspapier

Nr. 1 / 2004

---

Universität Hamburg - IPW

Forschungsstelle Kriege,  
Rüstung und Entwicklung

Research Unit on Wars,  
Armament and Development



## Anschrift und Bezugsadresse

Universität Hamburg - IPW  
Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung  
Allende-Platz 1  
D - 20146 Hamburg  
Telefon 040/42838-3689  
Fax 040/42838-2460  
Internet: <http://www.akuf.de>

# **Inhalt**

<b>Vorbemerkung</b>	<b>1</b>
<b>1. Einleitung</b>	<b>2</b>
<b>2. Das demokratische Spanien und die permanente Bedrohung durch den ETA-Terrorismus</b>	<b>5</b>
<b>3. Spanischer Nationalismus/Zentralismus vs. Baskischer Nationalismus/Separatismus</b>	<b>12</b>
<b>4. Politische Instrumentalisierung des Anti-Terror-Paktes und Vernachlässigung anderer Formen des Internationalen Terrorismus</b>	<b>17</b>
<i>4.1 Die Rolle der Medien</i>	<i>17</i>
<i>4.2 Die Bedeutung des Anti-Terror-Paktes vom Dezember 2000</i>	<i>19</i>
<i>4.3 Der 11. September und seine Auswirkungen auf die Bekämpfung des ETA Terrorismus</i>	<i>20</i>
<b>5. Einige unbeantwortete Fragen</b>	<b>23</b>
<b>Literaturhinweise</b>	<b>25</b>



## **Vorbemerkung**

Spätestens seit den Anschlägen auf das World-Trade-Center in New York vom 11. September 2001 gehört das Damokles-Schwert möglicher Terroranschläge - auch in Europa - zum politischen Medien-Alltag. Mit den Anschlägen am 11. März 2004 auf drei Pendlerzüge in Madrid, bei denen 192 Menschen starben und Tausende zum Teil schwer verletzt wurden, wurde die Bedrohung zur blutigen Realität. Während die geschockte Öffentlichkeit außerhalb Spaniens sofort auf die Urheberschaft von Al-Qaida oder anderen islamistischen Gruppierungen setzte, glaubte die überwiegende Mehrheit der Spanier und Spanierinnen, die Anschläge seien der baskischen ETA zuzurechnen. Die Ursachen dieser unterschiedlichen Perzeption sollen im Folgenden im Zentrum der Analyse stehen.

Das folgende Arbeitspapier stellt eine aktualisierte Fassung von zwei Vorträgen dar, die die Autorin im Mai 2004 auf der LSA-Konferenz in Chicago unter dem Titel „The Political Instrumentalization of Terrorism: The Case of Spain“ sowie auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum im Oktober 2004 unter dem Titel „Information - Desinformation - Lüge“ hielt.

## **1. Einleitung**

Die politische Instrumentalisierung des Terrorismus zur Beeinflussung der Wählerschaft zugunsten des eigenen Machterhalts lässt sich geradezu lehrbuchartig am Beispiel des Verhaltens der politischen Entscheidungsträger in Spanien unmittelbar nach den Attentaten vom 11. März, lediglich vier Tage vor den Parlamentswahlen, verdeutlichen. Die überraschende Niederlage der Partido Popular (PP) des ehemaligen spanischen Premierministers José María Aznar zeigte deutlich, wie durch eine ungeschickte Informationspolitik das demokratische Bewusstsein der Wählerschaft unterschätzt wurde. Dabei wäre das politische Kalkül der Regierungspartei, die baskische Terror-Organisation ETA als Autorin der Anschläge, bei denen 192 Menschen starben und Tausende zum Teil sehr schwer verletzt wurden, verantwortlich zu machen, beinahe aufgegangen. Um für Außenstehende nachvollziehbar zu machen, weshalb die überwiegende Mehrheit der spanischen Bevölkerung unmittelbar zu Anfang den eiligen Erklärungen der Regierung glaubte, ist ein Rekurs auf die jüngste spanische Geschichte und ihre Beeinflussung durch den ETA-Terrorismus hilfreich.

Die Regierung Aznar, neben der britischen Blair-Regierung, eine der engsten Verbündeten der Bush-Administration im „neuen Europa“, setzte auf die Urheberchaft der ETA, da ihre gesamte Regierungszeit entscheidend durch den ständigen Kampf gegen die baskische Terrororganisation geprägt war. Dies galt auch für die Zeit nach dem 11. September 2001, obwohl allgemein bekannt war, dass sich islamistische Terroristen – schon aufgrund der geographischen Nähe – in Spanien aufhielten. Diese Art von Terroristen wollte man jedoch lieber an der Seite der Truppen der Vereinigten Staaten im Irak bekämpfen – eine Entscheidung die von 90 Prozent der spanischen Bevölkerung abgelehnt wurde. Stattdessen setzte die Regierung auf die Bekämpfung des „eigenen“ Terrorismus, was in erster Linie als wirksames Ablenkungsmanöver von zahlreichen begangenen politischen Fehlern gedacht war. Zu diesen gravierenden politischen Fehlentscheidungen zählte nicht allein die Kriegsbeteiligung im Irak, sondern ebenso das katastrophale Management der ökologischen Katastrophe, die durch das Tankerunglück der „Prestige“ vor der

galizischen Küste im November 2002 verursacht wurde sowie die bombastische Hochzeitsfeier, die die spanischen Steuerzahler für die Tochter des Präsidenten im Schloss von El Escorial bezahlen durften. Es ließen sich noch vielerlei Beispiele anführen, im Vordergrund soll jedoch die Rolle von Medien und Politik bei der Vertuschung all dieser gravierenden Fehler durch ihre vorrangige Konzentration auf den ETA-Terrorismus stehen, der Spanien seit 1968 begleitet.

Was die Medien betrifft, so spielte hier insbesondere das staatlich kontrollierte Fernsehen eine entscheidende Rolle. Schaute man sich während der Aznar-Regierungszeit die Nachrichtensendungen der staatlichen Sender in Kanal 1 und Kanal 2 an, so erhielt man kaum Informationen über das Kriegsgeschehen im Irak, sehr wohl jedoch detaillierteste Berichterstattungen über gerade in letzter Minute vereitelte Terror-Anschläge der ETA. Natürlich macht es für die Opfer des 11. März keinen Unterschied, wer die Täter waren. Was jedoch wirklich besorgniserregend war, ist die Tatsache, dass die spanische Regierung unter ihrem Ministerpräsidenten Aznar versuchte, politisches Kapital für die unmittelbar bevorstehenden Parlamentswahlen aus diesem schrecklichen Attentat zu schlagen. Sämtliche Meinungsumfragen vor dem 11. März hatten den Wahlsieg der Regierungspartei prognostiziert, wenn auch diesmal nicht mit absoluter Mehrheit. Seit den letzten Parlamentswahlen vom März 2000 regierte die PP ohne Koalitionspartner, während sie in ihrer ersten Regierung 1996-2000 noch auf die Unterstützung der Baskischen Nationalpartei (Partido Nacional Vasco, PNV) und der Katalanischen Nationalisten (CiU) angewiesen war.

Trotz größter Demonstrationen gegen die Entscheidung der Regierung, sich am Irak-Krieg zu beteiligen, zu denen Millionen spanischer Bürger und Bürgerinnen im ganzen Land strömten, schien ein Wahlsieg der PP nicht gefährdet zu sein. Dies insbesondere aus drei Gründen: Ökonomisch ging es der spanischen Bevölkerung unter der Aznar-Regierung relativ gut, hohe Wachstumsraten, Preisstabilität und eine relative niedrige Arbeitslosenrate – verglichen mit der unter der sozialistischen Vorgängerregierung. “España va bien” (Spanien geht es gut) lautete der passende Slogan. Ein zweiter Grund lag in Aznars relativ erfolgreichem Kampf gegen den ETA-Terrorismus. Sein Kampf gegen die politische Vertretung der ETA - *Herri Batasuna*, die Beendigung des *kale borroka* („Straßenkampf“ jugendlicher ETA-

Anhänger) und die Festnahme zahlreicher Führungsmitglieder der ETA wurde von den meisten Spaniern und Spanierinnen honoriert. Der dritte Grund war die Annahme, dass sich ein Großteil insbesondere der Jung- und Erstwähler nicht an den Wahlen beteiligen würden, da ihr Vertrauen in das politische Parteiensystem eher gering war. Diese passive Haltung sollte sich jedoch durch das Verhalten der PP während der Krise, die durch die Attentate des 11. März entstand, radikal ändern.

Im folgenden soll gezeigt werden, weshalb es Aznar über lange Zeit hinweg gelang, den ETA-Terrorismus politisch zu instrumentalisieren – lange bevor der “Anti-Terror-Krieg” auf der internationalen politischen Agenda stand. Dies soll in drei Schritten geschehen: Auf die kurze Erklärung der politischen Bedeutung des ETA-Terrorismus im Kontext der neuen spanischen Demokratie nach dem Ende des Frankismus folgt die Gegenüberstellung des spanischen Nationalismus/Zentralismus mit dem baskischen Nationalismus/Separatismus. Die politische Instrumentalisierung des Anti-Terror-Paktes und die Vernachlässigung anderer Formen internationalen Terrorismus stehen im letzten Abschnitt im Mittelpunkt.

## 2. Das demokratische Spanien und die permanente Bedrohung durch den ETA-Terrorismus

Als Spanien sich nach fast vierzig Jahren Franco-Diktatur in einen demokratischen Staat transformierte, hatte die ETA für viele Spanier und Spanierinnen – und Demokraten in anderen Ländern – ein ziemlich positives Image als wichtige Kraft des Kampfes gegen die Franco-Diktatur: Während der berühmten Burgos-Prozesse von 1970, bei denen 16 ETA-Mitglieder verurteilt wurden, darunter sechs von ihnen zum Tode, erhielten sie für viele Menschen im Baskenland und in allen anti-frankistischen Kreisen eine Art Märtyrer-Status. Für viele galt die spektakuläre Ermordung von Francos designiertem Nachfolger Admiral Carrero Blanco im Dezember 1973 als Wegbereiter für ein neues demokratisches Spanien, befreit vom drückenden militärischen Joch, unter dem die Bevölkerung seit dem Ende des Bürgerkrieges 1939 litt.

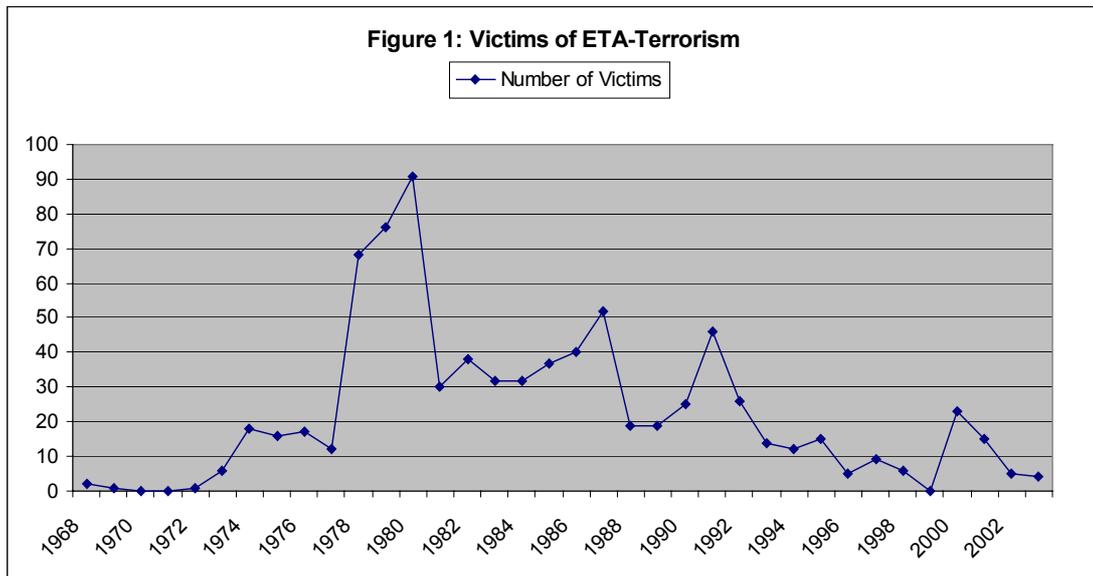
Nach dem Tode Francos im November 1975 setzte die ETA ihren Kampf für ein freies und unabhängiges Baskenland fort, wobei sie Gewalt als Hauptinstrument einsetzte. Diese Entscheidung zur Beibehaltung des bewaffneten Kampfes fiel um so leichter, als es ein Jahr zuvor, 1974, zu einer Spaltung gekommen war: Aufgrund divergierender Auffassungen über die Möglichkeiten des Aufbaus eines demokratischen und unabhängigen Baskenlandes spaltete sich die ETA in zwei Fraktionen: *ETA politico-militar* und *ETA-militar*. *ETA politico-militar* (die sogenannten „*poli-milis*“) bevorzugten friedliche Methoden zur Erreichung ihrer Ziele und sagten sich von gewaltsamen Strategien los. Sie gründeten *Euskadiko Ezkerra* (EE), eine baskische demokratische Partei sozialistischer Ausrichtung. Die politische Vertretung der *ETA militar* wurde *Herri Batasuna* (HB), die die militanten Aktionen der ETA im baskischen Parlament und in den Medien gutheißt. Als die Basken 1979 ihr Autonomiestatut, „Statut von Gernika“, erhielten, boykottierte HB die Wahlen, während die EE die „Konstitutionalisten“ unterstützte.

Das Statut von Gernika, wie es nach dem traditionellen und „heiligen“ Ort der baskischen nationalen Identität genannt wird, sieht den Aufbau einer eigenen Regierung sowie eines autonomen baskischen Parlamentes vor, die Anerkennung der baskischen Sprache - *Euzkerra* - als offizieller Sprache neben Spanisch, eine

ziemlich weitgehende Steuerautonomie, kulturelle Autonomie, insbesondere im Bildungswesen, sowie den Aufbau einer eigenen Polizei - der *Ertzaintza*, alles im Rahmen der Spanischen Verfassung. Obwohl es damals eine hohe Wahlenthaltung gab (40 Prozent), stimmten 60 Prozent der baskischen Wähler für das Statut von Gernika.

Das bedeutete jedoch nicht das Ende der politischen Gewalt. Ganz im Gegenteil: Während der 1980er Jahre hielt die ETA ihre Strategie der Gewalt aufrecht, wobei sie ihre tödlichen Angriffe sogar noch verstärkte. 1980 war mit 92 Todesopfern ein rapider Anstieg zu verzeichnen, verglichen mit lediglich 16 im letzten Jahr der Franco-Diktatur 1975. Die Hauptziele des ETA-Terrorismus waren Militär und Polizei, insbesondere die verhassten *Guardia Civiles*. ETAs „Strategie der Spannung“ war auf ihrem Höhepunkt. Ein Ergebnis war der Putschversuch des Oberstleutnant der Guardia Civil Antonio Tejero, der das gesamte spanische Parlament als Geisel nahm. Es wäre durchaus im Interesse der ETA gewesen – und nicht allein in ihrem (!) – hätte der Putsch Erfolg gehabt, denn dann hätten sie ihre These von der „betrügerischen Scheindemokratie“ beweisen können (Woodworth 2001:6).

Nach dem Scheitern von Tejeros Putschversuch gewannen die spanischen Sozialisten 1982 die Wahlen. Es war das erste Mal seit dem gewaltsamen Sturz der Zweiten Spanischen Republik 1939, dass eine sozialistische Regierung gewählt wurde. Was die ETA betraf, so hätte man einen Rückgang der gewaltsamen Aktionen erwarten können. Genau das Gegenteil war jedoch der Fall: die ETA mordete weiter, hauptsächlich Polizisten und Mitglieder der *Guardia Civil*, aber auch Geschäftsleute, die sich weigerten, ihre „Revolutionssteuer“ zu zahlen sowie unschuldige Zivilisten, die das Pech hatten, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein. Während der Phase der sozialistischen Regierung (1982-1996) ermordete die ETA fast 400 Menschen (s. fig.1).



Quelle: [www.bastaya.org/actualidad/PlanIbaretxe/FollPlaIbar\\_ViolenciaIN.htm](http://www.bastaya.org/actualidad/PlanIbaretxe/FollPlaIbar_ViolenciaIN.htm), 22.4.2004

Zur Bekämpfung des ETA-Terrorismus verfolgten die Sozialisten eine Doppelstrategie: einerseits begannen sie einen «schmutzigen Krieg» gegen die ETA durch die Gründung der GAL (Grupos Antiterroristas de Liberación), andererseits boten sie der ETA Gespräche an. Dieser „Schmutzige Krieg“ begann 1983 und endete 1987. 28 Menschen wurden getötet, die meisten von ihnen im Rückzugsgebiet der ETA im französischen Teil des Baskenlandes - *Iparalde*. Der Hauptzweck war die Destabilisierung der Rückzugsgebiete der ETA entlang der französischen Grenze sowie die Druckausübung auf Frankreichs Regierung zur Kooperation im Kampf gegen die ETA. Dies war offensichtlich eine höchst gefährliche und vollkommen undemokratische Methode zur Bekämpfung des ETA-Terrorismus, indem sie sich der Methoden ihres Gegners bedienten.

Das Ergebnis war entsprechend negativ für die sozialistische Regierung: Zwei Regierungsbeamte – der ehemalige Innenminister José Barrionuevo und Rafael Vera, sein Sicherheitsbeauftragter – wurden zur zehn Jahren Gefängnis verurteilt aufgrund ihrer Beteiligung am „Schmutzigen Krieg.“ Wahrscheinlich wären die verantwortlichen Minister niemals zur Rechenschaft gezogen worden, wenn die GAL „nur“ tatsächliche ETA-Mitglieder getötet hätte. Wie jedoch später bewiesen wurde, hatte mindestens ein Drittel der 28 Opfer keinerlei Verbindungen zur ETA. Es ist

ebenso bezeichnend, dass der Prozess gegen die zwei Ex-Minister erst 1998 stattfand, also mehr als zehn Jahre nach der Beendigung des „Schmutzigen Krieges“ und zwei Jahre nach dem Ende der sozialistischen Regierung. Während der Jahre des „Schmutzigen Krieges“ hatte es lediglich Gerüchte über eine mögliche Involvierung des spanischen Geheimdienstes in Operationen der GAL gegeben.

Nicht wenige Experten vermuten, dass die „GAL Kampagne die ‚Reproduktion der ETA-Generation‘ bis in die 90er Jahre garantierte“ (Woodworth 2001:7), da die Jugendlichen, die die Franco-Zeit nicht erlebt hatten, den Staatsterrorismus als Rechtfertigung gewaltsamer Aktionen betrachteten. Ein noch besorgniserregenderes Ergebnis des „Schmutzigen Krieges“ war das erste Massaker, das die ETA an vollkommen unbeteiligten Zivilisten verübte: Bei einem Bombenanschlag in einem Supermarkt in Barcelona am 19. Juni 1987 starben 21 Menschen und viele wurden verletzt. Trotz ihrer „Entschuldigung“ war dies für viele Spanier ein deutliches Zeichen für eine komplette Veränderung der ETA-Strategie, weg von gezielten Morden bestimmter Vertreter aus Polizei, Militär und Justiz hin zur willkürlichen Ermordung unschuldiger Zivilisten. Im darauf folgenden Jahr schlug die ETA einen 80 Tage andauernden Waffenstillstand vor, nicht zuletzt aufgrund des politischen Drucks, den die algerische Regierung auf die ETA-Führung ausübte, die zu dieser Zeit in Algier im Exil lebte. Der Waffenstillstand wurde mehrmals unterbrochen und hielt nicht lange an. Der Hauptgrund des Scheiterns lag an der Unnachgiebigkeit beider Seiten, wobei die ETA nicht ihre Forderungen nach der Unabhängigkeit des Baskenlandes aufgeben wollte und die spanische Regierung an den Bestimmungen der Verfassung festhielt, die die „Aufrechterhaltung der territorialen Integrität Spaniens“ festschreibt. Insgesamt wurde die Situation für die ETA immer schwieriger, insbesondere 1992, als spanische und französische Polizeikräfte erfolgreich die ETA-Führung in ihrem französischen Rückzugsgebiet in Bidart festnahmen. Wie es jedoch bereits in den vorangegangenen Jahren der Fall gewesen war, dauerte es nicht lange, bis die ETA eine neue Führung aufgestellt hatte, deren Kommandos erneut in der Lage waren, terroristische Angriffe auszuführen. Zu den spektakulärsten zählte der im April 1995 gegen den zukünftigen Ministerpräsidenten Aznar fehlgeschlagene Bombenanschlag sowie der im August erfolgte und ebenfalls fehlgeschlagene Attentatsversuch gegen den König auf Mallorca.

Betrachtet man die Opfer des ETA-Terrorismus, so fällt auf, dass die ETA 1995 eine neue Taktik einschlug, indem sie hauptsächlich Politiker, Rechtsanwälte, Richter, Intellektuelle und Journalisten ermordete<sup>1</sup>. Ihr erstes prominentes Opfer war Gregorio Ordoñez, der Regional-Vorsitzende der PP und Stadtrat von San Sebastian. Diese Veränderung der Taktik trug in großem Maße zur Entstehung einer großen Protestbewegung gegen die ETA bei, nicht nur in Spanien, sondern auch im Baskenland, wo der Protest gegen ETA-Attentate bis dahin eher verhalten gewesen war. 1997 wurde eine äußerst effektive und öffentlichkeitswirksame Protestbewegung gegründet, nach der Ermordung von Miguel Angel Blanco, einem jungen PP-Politiker der baskischen Stadt Ermua. In ganz Spanien kam es zu Protestaktionen unter dem Slogan „Basta ya“ (Es reicht).

Im September 1998 erklärte die ETA einen neuen Waffenstillstand, dieses mal „unilateral und unbegrenzt“. Er war das Ergebnis der „Declaración de Lizarra“, einer Art von Friedensgesprächen zwischen den nationalistischen Parteien – moderaten und radikalen des Baskenlandes sowie einiger nicht nationalistischer, hauptsächlich aus der Vereinigten Linken (*Izquierda Unida*, IU). Er war deutlich beeinflusst vom irischen Friedensprozess – allerdings ohne die Beachtung der grundlegenden Unterschiede zwischen den beiden Fällen<sup>2</sup>. Obwohl die ETA mit dem Morden aufhörte, kam es zu einem starken Anstieg des *kale borroka* – des Straßenkampfes jugendlicher ETA-Mitglieder oder – Sympathisanten, die Busse ansteckten, Fensterscheiben einwarfen, unbeteiligte Bürger in Restaurants einschüchterten, usw. Deshalb war es keine Überraschung, dass der Waffenstillstand lediglich 14 Monate anhielt, bis zum Dezember 1999. Ignacio Sotelo (2002), ein spanischer Soziologe,

---

<sup>1</sup> Eine Liste der ETA Opfer mit deren Berufen, Herkunft und Datum findet man auf der homepage von Bastaya unter: <[www.bastaya.org](http://www.bastaya.org)>.

<sup>2</sup> Ein erhellender Vergleich zwischen den unterschiedlichen sozialen Umfeldern von IRA und ETA findet sich in einem Interview mit Jonathan Stevenson (Terrorismus-Experte am IISS) in Armando Geller 2002, Geschichte, Organisation und Taktik der ETA, p.106-114 ([www.presdok.ch/sicherheitspolitik/te-ok/armandogeller.pdf](http://www.presdok.ch/sicherheitspolitik/te-ok/armandogeller.pdf))

lange Zeit Professor an der FU Berlin, sieht zwei Hauptgründe für das Scheitern der “Erklärung von Lizarra”:

Mit der Beendigung des Mordens verliert die ETA ihre Existenzberechtigung, übergibt sie sozusagen ihrer politischen Vertretung HB. Der zweite Grund liegt in der Einsicht, dass während des Waffenstillstands immer mehr baskische Bürger die nationalistischen Parteien verließen und sich stattdessen den konstitutionalistischen, gesamt-spanischen, Parteien zuwandten, dies gilt in besonderem Maße für die städtische Bevölkerung.

Für die regierende nationalistische Partei des Baskenlandes PNV war dies das Signal, sämtlichen gewaltbereiten Kräften des Landes eine entschiedene Absage zu erteilen, um bei den bevorstehenden Regionalwahlen vom Mai 2001 keine Stimmen zu verlieren. Die baskische Wählerschaft honorierte diese Entscheidung offensichtlich und gab ihr 42,7 Prozent der Stimmen, während die politische Vertretung der ETA – die sich während dieser Wahlen EH (*Euskal Herritarok*) nannte und HB ersetzte – fast acht Prozent ihrer Stimmen einbüßte, verglichen mit den Regionalwahlen von 1998, bei denen sie noch 17,91 Prozent der Stimmen erhalten hatte, während es diesmal lediglich 10,1 Prozent waren. Ein weiterer Verlierer war die Regierungspartei des Ministerpräsidenten Aznar: die PP verlor fast drei Prozent, ein deutliches Zeichen für die weitergehende Polarisierung zwischen “Nationalisten” und „Konstitutionalisten“<sup>3</sup>.

Trotz der politischen Niederlage der radikalen baskischen Nationalisten setzte die Regierung Aznar ihren Kampf gegen die ETA mit unverminderter Härte fort. Ein international bekannter Richter, Baltasar Garzón<sup>4</sup>, autorisierte einige ziemlich harte Rückschläge für die politische Vertretung der ETA, von der Auflösung ihrer

---

<sup>3</sup> Eine detaillierte Analyse der politischen Situation des Baskenlandes nach den Regionalwahlen vom Mai 2001 findet sich bei Elisa Roller, *The Basque Country and Spain: Continued Deadlock?* In: *Mediterranean Politics*, Vol.7, No.1 (Spring 2002), pp.113-123.

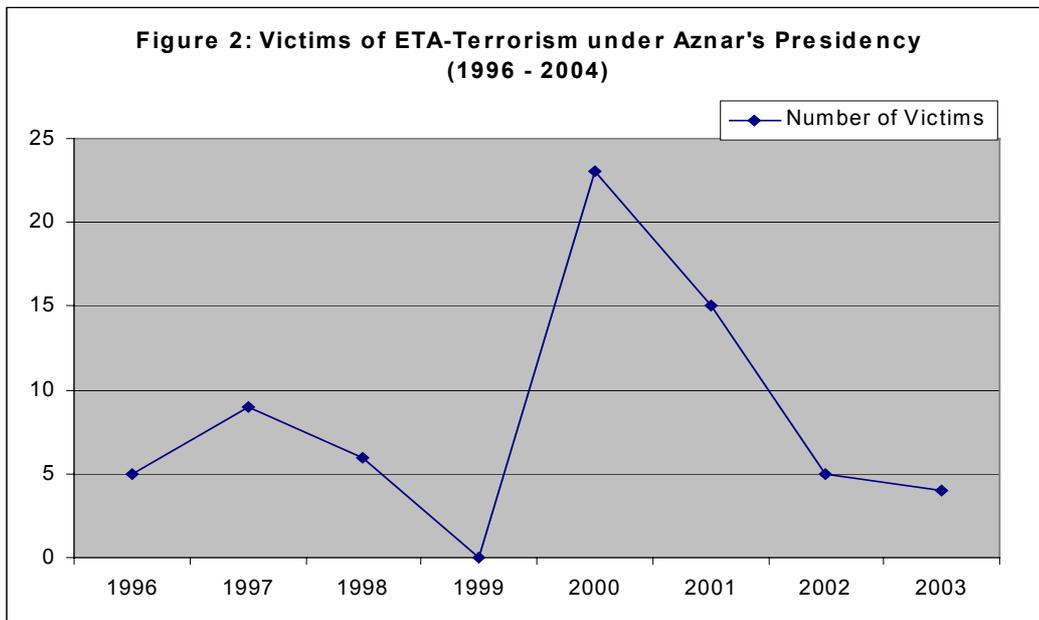
<sup>4</sup> Baltasar Garzón war die treibende Kraft hinter dem Prozess gegen den ehemaligen chilenischen Präsidenten General Augusto Pinochet. Einen engagierten Einblick in die Hintergründe des Prozesses gegen Pinochet gibt Ariel Dorfman: *Den Terror bezwingen. Der lange Schatten General Pinochets*. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2003.

finanziellen Unterstützungsagenturen, Verbot ihrer Zeitungen und einiger Unterstützer-Organisationen, insbesondere ihrer Jugendorganisation *Jarraï* sowie schließlich 2003 die Deklarierung von Herri Batasuna (HB) als illegale Partei 2003. Eine Bilanz Ende des Jahres 2003 zeigt, dass mehr als 8.000 ETA-Mitglieder während der 35 Jahre seit dem Beginn ihrer gewaltsamen Aktionen 1968 verhaftet und mehr als 150 getötet wurden. ETA selbst wird für den Mord an über 800 Menschen verantwortlich gemacht, Morde, die während der Regierungszeit Aznars stark zurückgingen, insbesondere 2003 (s. Figure 1), ein deutliches Signal dafür, dass die ETA in einer hoffnungslosen Lage war. Wie lässt sich dennoch erklären, dass die überwiegende Mehrheit der spanischen Bevölkerung den Erklärungen ihres Ministerpräsidenten Aznar zunächst Glauben schenkte, die ETA sei für die Anschläge vom 11. März 2004 verantwortlich? Weshalb gab es nicht gleich zu Beginn mehr Zweifel an dieser Behauptung, wo doch ein Großteil der Bevölkerung zu den entschiedenen Gegnern Aznars gehörte, die insbesondere seine Entscheidung zur Beteiligung des Landes an Bushs Irak-Krieg verurteilt hatten?

### **3. Spanischer Nationalismus/Zentralismus vs. Baskischer Nationalismus/ Separatismus**

Stellt man die gerade aufgezeigte Entwicklung der ETA in Zusammenhang mit den verschiedenen spanischen Regierungen, so lassen sich vier Phasen erkennen:

1. Die erste Phase dauerte von 1968 – dem Beginn der gewaltsamen Aktionen – bis 1977, hauptsächlich als Kampf gegen das Franco-Regime mit einer erheblichen Unterstützung von Seiten der anti-frankistischen Bewegung.
2. Die zweite Phase beginnt 1978 und endet 1981: die uneingeschränkte Unterstützung der gewaltsamen Aktionen der ETA geht in ganz Spanien erheblich zurück, da die ETA Spaniens erste demokratische Verfassung seit dem Fall der Zweiten Republik angreift, dennoch glauben zahlreiche Linke weiterhin an die „revolutionären Ziele“ der ETA.
3. Die dritte Phase, von 1982 bis 1995, ist gekennzeichnet durch die Doppelstrategie der Sozialisten, die sich bis 1987 im Geheimen derselben Methoden wie die ETA bedienten aber öffentlich versuchten, den ETA-Terrorismus mit politischen Mitteln zu bekämpfen (durch eine engere Kooperation mit Frankreich, Dialog, politische Zugeständnisse für ETA-Gefangene und ihre Angehörigen, usw.). Wie bereits erwähnt, war diese Strategie wenig erfolgreich, betrachtet man die Opferzahlen während der sozialistischen Regierungsphase. Dennoch war die öffentliche Wahrnehmung der Bedrohung durch die ETA weniger intensiv als während der folgenden Jahre unter der Regierung Aznar.
4. Die vierte Phase – Aznars Regierung (1996-2004) – zeichnet sich deutlich durch einen verschärften Kampf gegen die ETA aus, der, sieht man auf die zurückgehende Opferzahl (s. fig. 2), offensichtlich erfolgreich war. Dennoch war er von einer Bedrohungsperzeption begleitet, die in vollkommenem Kontrast zum realen Potential der ETA steht. Trotzdem die politische Entwicklung Spaniens seit den 1970er Jahren vom ETA-Terrorismus begleitet war, konzentriert sich die folgende Beschreibung auf die Politik der konservativen Regierung Spaniens in Bezug auf den ETA-Terrorismus.



Quelle: [www.bastaya.org/actualidad/PlanIbaretxe/FollPlaIbar\\_ViolenciaIN.htm](http://www.bastaya.org/actualidad/PlanIbaretxe/FollPlaIbar_ViolenciaIN.htm), 22.4.2004

Geht man davon aus, dass das einzige und wichtigste Problem des Baskenlandes und seiner Bewohner die ETA ist, so vernachlässigt man den äußerst tiefgehenden und lang andauernden politischen Konflikt zwischen den Unterstützern und Gegnern der Unabhängigkeit. Heute nennen sich die einander gegenüberstehenden Kräfte „Nationalisten“ und „Konstitutionalisten“. Für „Nicht-Spanier“ mag diese Definition von „Nationalisten“ und „Konstitutionalisten“ ziemlich befremdlich erscheinen, denn im politischen Kontext Spaniens bezieht sich „Nationalisten“ ausschließlich auf die politischen Parteien der autonomen Regionen, nicht nur die des Baskenlandes, sondern auch die Kataloniens und Galiziens usw., während „Konstitutionalisten“ sich auf alle Spanier bezieht – unabhängig von ihrer regionalen Herkunft – die sich selbst in erster Linie als Spanier definieren. Diese Definition ist neueren Datums, da historisch die „Nationalisten“ mit den rechten Parteien identifiziert wurden, die gegen die „Republikaner“ im Bürgerkrieg kämpften.

Man kann das Problem der Gewalt nicht vom politischen Konflikt zwischen „Nationalisten“ und „Konstitutionalisten“ trennen. Dies machte insbesondere der bereits erwähnte „Pacto de Lizarra“ deutlich, der über die Dauer des

Waffenstillstandes im Dezember 1999 hinaus seine Bedeutung behielt. Nach Ansicht von Sotelo (2002) bedeutete die Unterzeichnung dieses Abkommens das Ende der klaren Unterscheidung zwischen zwei Gruppen: auf der einen Seite die zur Gewalt bereite Fraktion, die glaubt, Terrorismus sei der einzige Weg zur Erlangung der Unabhängigkeit, die unmöglich durch demokratische Mittel zu erreichen sei, auf der anderen Seite die Fraktion der Demokraten, die an eine Vereinbarkeit des Statuts von Gernika mit der spanischen Verfassung glaubt. Als sie den "Pacto de Lizarra" unterschrieb, verließ die Partido Nacional Vasco ihre zweideutige Haltung in Bezug auf die Autonomie- oder Unabhängigkeitsfrage und erklärte sich eindeutig als Unterstützerin der Unabhängigkeit. Dies war der Preis, den sie für die Erlangung des Friedens im Baskenland zu zahlen hatte. Aber unabhängig von den Gründen für das Scheitern dieses Planes, machte die Aznar-Regierung den entscheidenden Fehler, die gesamte nationalistische Bewegung als "verfassungswidrig" zu erklären, indem keinerlei Unterscheidungen mehr getroffen wurden zwischen Terroristen und Nationalisten. Diese Haltung, die weitestgehend von den spanischen Medien unterstützt wurde (s.u.) trug in hohem Maße zur Vergiftung des gesellschaftspolitischen Klimas im Baskenland bei.

Wie bereits erwähnt, begann die ETA 1995, ein Jahr vor dem Wahlsieg von Aznar, ihre blutige Kampagne gegen Politiker, Richter, Journalisten und Intellektuelle. Der damalige Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten Aznar gehörte zu ihren Zielen. Glücklicherweise entging er nahezu unbeschadet dem Anschlag, und machte logischerweise den Kampf gegen die ETA zu seinem wichtigsten politischen Ziel. Im Unterschied zu seinen sozialistischen Vorgängern wandte er jedoch ausschließlich legale Methoden im Kampf gegen den ETA-Terrorismus an, kombiniert mit einer höchst wirksamen Medien-Kampagne. Obwohl es zu einem deutlichen Rückgang der Opferzahlen bei ETA-Anschlägen kam, wurde die gesellschaftspolitische Stimmung im Baskenland immer unerträglicher,

insbesondere für die „Konstitutionalisten“, die sich weigerten, sich als „genuine Basken“ zu verstehen<sup>5</sup>.

Julio Medem, ein bekannter Filmregisseur, selbst baskischer Herkunft, verließ 1996 das Baskenland – das Jahr, an dem Aznar an die Macht kam - , hauptsächlich weil er den dortigen Druck nicht mehr aushielt: Er hatte das Gefühl, der Konflikt sei unlösbar und würde ewig andauern. Seitdem lebt er in Madrid, versuchte, seine „baskischen Wurzeln“ zu vergessen und den dauernden Ärger in seinem „Heimatland“. Aber Aznars „*nacionalismo ultraespañol*“ erlaubte ihm nicht, seine baskischen Wurzeln tatsächlich zu vergessen. Insbesondere nach dem Wahlkampf im Baskenland, den er beschreibt als „ein Schauspiel an Verleumdungen, Lügen und Lynchjustiz gegenüber dem baskischen Nationalismus, eine populistische Strategie der spanischen Regierung, die auch von der PSOE befolgt wird (und von fast sämtlichen Madrider Medien), die die politischen Alternativen des Baskenlandes auf zwei Gangs reduziert, in zwei unversöhnliche nationale Fronten.“ (Ü. d. A.)<sup>6</sup>.

Deshalb entschloss er sich, einen Dokumentarfilm zu drehen, in dem er ein breites Spektrum an Leuten interviewte, die die baskische Tragödie Tag für Tag erleben, Opfer und Täter beider Seiten, Leute, die immer noch ein wenig Hoffnung auf bessere Zeiten haben, Leute, die resigniert haben, Politiker, ganz normale Bürger, Geschäftsleute, Künstler, Handwerker etc. Obwohl er sich ernsthaft bemühte, Leute zu finden, die den Pluralismus der baskischen Gesellschaft zum Ausdruck bringen können, entsteht am Ende des Films der Eindruck, dass niemand diesem virulenten Konflikt entrinnen kann und dass beide Seiten einander brauchen. Somit erreicht er sein Ziel nicht, zu zeigen, dass es nicht nur schwarz und weiß gibt, das so genannte

---

<sup>5</sup> Einen anschaulichen Bericht gibt Stefanie Schüler-Springorum in ihrem Aufsatz „Baskische Rückenschmerzen oder: Die „Ethnisierung“ des Alltags, in: Werkstattgeschichte, 32 (2002), S.75-81

<sup>6</sup> Erklärung von Julio Medem bei seiner Vorstellung seines Dokumentarfilms „*La pelota vasca*“ während des Festival von San Sebastian, Donostia, 10 Sept. 2003. spanische Originalversion: „*espectáculo de la calumnia, la mentira y el linchamiento contra el nacionalismo vasco, estrategia populista del Gobierno español, a la que también se apuntó el PSOE (y así ya la práctica totalidad de los medios de comunicación de Madrid), rompiendo y reduciendo las opciones políticas en el País Vasco a dos bandos, a dos frentes nacionales irreconciliables*“

“*pensamiento único*”, dass es Auswege aus dieser Falle gibt. Der mittlerweile auch international gängige Spruch “Wenn Ihr nicht für uns seid, seid Ihr für die Terroristen” gilt auch für das Baskenland.

Für einen Außenstehenden ist es schwer zu verstehen, wie unerträglich die gesellschaftspolitische Situation für viele Menschen im Baskenland während der letzten zehn Jahre geworden ist. Und dies trotz der Tatsache, dass das Baskenland eine der prosperierendsten Regionen Spaniens ist<sup>7</sup>. Bilbao, mit seinem berühmten neuen Guggenheim-Museum, gilt als Modell einer erfolgreichen Rekonversion einer ehemaligen Industriestadt, einst abhängig von Schwermetallverarbeitender Industrie, in eine Stadt, die durch High-Tech und Künste geprägt ist. Demographisch untergliedert sich die Bevölkerung in drei Gruppen (Villanueva 1999:211ff):

1. Ein Drittel sind gebürtige Basken.
2. Ein weiteres Drittel (vielleicht mehr) sind *mestizos*, d.h. nur ein Elternteil stammt aus dem Baskenland.
3. Das übrige Drittel kommt von außerhalb.

---

<sup>7</sup> Zu ökonomischen Daten des Baskenlandes vgl. <[www.Eustat.es](http://www.Eustat.es)> und <[www.ine.es](http://www.ine.es)> (Spain)

#### **4. Politische Instrumentalisierung des Anti-Terror-Paktes und Vernachlässigung anderer Formen des Internationalen Terrorismus**

Das immer unerträglicher erscheinende gesellschaftspolitische Klima des Baskenlandes kann nicht allein durch Verweis auf den ETA-Terrorismus und die Nationalisten als die einzig verantwortlichen Kräfte für die zunehmende Radikalisierung des politischen Dilemmas erklärt werden. Wie bereits oben angeführt, spielte die hypernationalistische Haltung der Regierung Aznar, die weitestgehend von den Medien und der sozialistischen Opposition unterstützt wurde, eine wichtige Rolle im Anheizen des Konfliktes. Wie viele der spanischen – und europäischen – Linken sagten, kamen mit Aznars Präsidentschaft Francos Enkel an die Macht. Diesen Enkeln ist die territoriale Integrität Spaniens eines der heiligsten Güter. In der Furcht vor noch größerem politischen Einfluss der unterschiedlichen Unabhängigkeitsbewegungen – nicht nur im Baskenland, sondern auch in Katalonien und in anderen autonomen Regionen Spaniens – versuchten sie, so unnachgiebig wie möglich in Bezug auf jegliche Art von Zugeständnissen autonomer Rechte zu sein. In dieser Hinsicht galt vielen das Auseinanderbrechen Jugoslawiens als warnendes Signal für Spanien.

##### **4.1 Die Rolle der Medien**

Wie Umberto Eco unterstreicht, ist "Terrorismus ein Phänomen des Zeitalters der Massenmedien." Ohne Massenmedien könnte der moderne Terrorismus, der auf höchste öffentliche Aufmerksamkeit zielt, nicht existieren. Es gibt einen inhärenten Widerspruch innerhalb der modernen Mediengesellschaft: Verbündeter und bevorzugtes Opfer des modernen Terrorismus zur selben Zeit zu sein. Es ist das ausdrückliche Ziel des modernen Terrorismus, die Medien als Mittel ihrer fundamentalistischen und antidemokratischen Ziele zu nutzen und dadurch Terror, Misstrauen und Furcht zu erzeugen. Wie jeder Journalist weiß, gibt es eine "goldene Regel", um dieser Falle zu entgehen: Überprüfe deine Information bevor du sie veröffentlichst. Wie aber auch jeder weiß, gibt es fast niemanden, der gegenüber der

Manipulation von Informationen immun ist, insbesondere nicht unter gespannten politischen Bedingungen. Das trifft besonders auf den spanischen Fall zu, stellt man in Rechnung, dass die Terroranschläge drei Tage vor den Parlamentswahlen stattfanden.

Der spanische Soziologe Agustín Ramos nimmt die Ermordung des PP-Abgeordneten Miguel Angel Blanco – den Auslöser und Beginn von Aznars entschlossenem Kampf gegen den ETA-Terrorismus – im Juli 1997 in der kleinen baskischen Stadt Ermua als ein Beispiel für den Eskalationsmechanismus, der durch die Art der Berichterstattung der Medien verstärkt wurde. Er erinnert daran, dass kurz vor der Ermordung von Miguel Angel Blanco die ETA den von ihr entführten baskischen Anwalt Cosme Delclaux freiließ, ohne dass dies von den Medien entsprechend aufgegriffen wurde. Gleichzeitig entdeckte die baskische Polizei *Ertzaintza* das Versteck des Gefängnisbeamten José Antonio Ortega Lara, den die ETA seit Monaten gefangen hielt. Beide Ereignisse standen miteinander im Zusammenhang – wenngleich Ramos diesen Zusammenhang nicht explizit macht. Die Entdeckung von Ortega Lara, vollkommen entkräftet und abgemagert, wurde von allen Medien verbreitet und nahe gelegt, dass die ETA ihn mit Sicherheit hätte verhungern lassen, hätte die Polizei nicht rechtzeitig sein Versteck entdeckt. Die Entführer wurden sofort gefangen und auf der Stelle verhaftet. Die Reaktion der ETA auf die Nichtbeachtung der Freilassung des Anwalts Delclaux und auf die spektakuläre Verhaftung ihrer Mitglieder lag in der Ermordung des PP-Abgeordneten Miguel Angel Blanco. In Ramos' Interpretation ist dies ein klassisches Beispiel für den Eskalationsmechanismus, der von den Medien vorangetrieben wird (Ramos 1999:181). Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: dies bedeutet in keinem Fall eine „Entschuldigung“ für das Vorgehen der ETA, sondern dient dem Aufzeigen klarer Mechanismen, die eine mögliche Beilegung des Konfliktes im Vorfeld ausschließen.

Ein anderes Beispiel, das ebenfalls typisch für das Klima der Intoleranz und Manipulation in den öffentlichen Medien ist, war der Rücktritt von Silvio González, dem Manager des regionalen Fernsehsenders *Telemadrid* auf Verfügung des

Präsidenten der Autonomen Region Madrid im Januar 2001. Sein Vergehen: Er hatte die Ausstrahlung eines Reports über das Baskenland autorisiert, in dem Interviews von Menschen gezeigt wurden, die aus dem gesamten politischen Spektrum des Baskenlandes stammten, einschließlich der Vertreter der politischen Unabhängigkeit, unter anderem von Arnaldo Otegi, dem Sprecher der radikalen baskischen Unabhängigkeitskoalition *Euskal Herriarrok*.<sup>8</sup>

Die ETA begann ihre gewaltsame Kampagne gegen Journalisten im Jahre 2000 mit der Ermordung von López de Lacalle. Er war ein Kolumnist und Mitglied der regionalen Chefredaktion der Tageszeitung „El Mundo“, ein bekannter Anti-Frankist und „Konstitutionalist“, der vor der einschüchternden terroristischen Strategie der ETA warnte. Im Unterschied zu vielen anderen Kollegen, die im Baskenland arbeiteten, hatte er Polizeischutz abgelehnt. Bis 2003 gab es mehr als 100 spanische Journalisten, die unter Polizeischutz standen. Nachrichtenagenturen mussten zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen treffen, wie schusssichere Scheiben, videoüberwachte Eingänge und sorgfältige Besucherkontrollen.

#### **4.2 Die Bedeutung des Anti-Terror-Paktes vom Dezember 2000**

Ein Versuch – von Seiten der „Konstitutionalisten“ – den Zyklus der Gewalt im Baskenland aufzubrechen, war die Unterzeichnung des „Anti-Terror-Paktes“ im Dezember 2000. Da der Initiator der neu gewählte PSOE-Führer Zapatero war, stimmte Aznar einer Unterzeichnung nur zögerlich zu. Ein entscheidender Grund für die Unterzeichnung des Paktes war die Situation nach der Ermordung des ehemaligen sozialistischen Ministers Lluçh in Barcelona, am 21. November 2000. Es gab eine riesige Demonstration in Barcelona, die zum „Dialog“ aufrief, genau das Gegenteil von Aznars Intentionen. Nur um die politische Isolation zu vermeiden, stimmte Aznar der Unterzeichnung des „Abkommens für die Freiheiten und gegen den Terrorismus“ zu. Sein Hauptanliegen war es, „beide Parteien davon abzuhalten, mit den nationalistischen Kräften Vereinbarungen zu treffen, solange diese nicht das

---

<sup>8</sup> Weitere Beispiele für Gewalt und Einschüchterung gegenüber der Presse finden sich unter [www.rsr.fr](http://www.rsr.fr)

baskische Autonomiestatut und die Verfassung von 1978 anerkennen würden.“ (Ü. d. A.) (Roller 2002:116)

Wie nicht anders zu erwarten, weigerte sich die PNV das Abkommen zu unterzeichnen, da sie eine Zusammenarbeit mit den nationalistischen Parteien des Baskenlandes vorzog. Somit war die Kontinuität des “Dualismus” von Nationalisten vs. Konstitutionalisten garantiert. Es war jedoch nicht nur die PNV, die sich weigerte, den Pakt zu unterzeichnen, sondern auch andere regionale Parteien sowie die *Izquierda Unida* (Vereinigte Linke). Ihr Hauptargument gegen den “Anti-Terror-Pakt” war seine Konzentration auf polizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung des ETA-Terrorismus. Für politischen Dialog ohne Ausgrenzungen war kein Raum vorgesehen.

Obwohl der “Anti-Terror-Pakt” explizit gegen den ETA-Terrorismus gerichtet war, wurde nach dem 11. September auch ein gemeinsames Vorgehen gegenüber anderen Formen des Terrorismus diskutiert. In einer seiner letzten Sitzungen während der Regierung Aznar war ein Hauptthema der Vorschlag der Erhöhung der Strafdauer für Terroristen und andere Kriminelle von 30 auf 40 Jahren. Das erste Treffen unter dem neu gewählten Regierungschef Zapatero fand am 12. Mai statt und befasste sich mit neuen Maßnahmen gegen den islamistischen Terrorismus: eine davon sollte die öffentliche Kontrolle der Predigten der Imame sein, eine höchst umstrittene Maßnahme, da sie die Freiheit der Religionsausübung beschneidet..

#### **4.3 Der 11. September und seine Auswirkungen auf die Bekämpfung des ETA-Terrorismus**

Die Terroranschläge vom 11. September eröffneten eine neue Phase im Kampf gegen den Terrorismus. In Spanien wurden noch mehr Energien gegen die ETA mobilisiert, trotzdem niemand daran glaubte, es gäbe irgendwelche Verbindungen zwischen ETA und Al-Qaida. Aber ebenso wie es in anderen Ländern der Fall war, die ebenfalls unter ihren eigenen terroristischen Gruppen zu leiden hatten – z.B. Algerien – war der 11. September für die Regierung Aznar die hochwillkommene Gelegenheit zur weiteren Verschärfung der Anti-Terror-Gesetze; außerdem konnte er Druck auf die Bush-Administration ausüben, die ETA in ihre berühmte Liste der terroristischen

Bewegungen aufzunehmen. Auf europäischer Ebene war ein wichtiger Schritt – insbesondere in Hinblick auf Frankreich – die Möglichkeit der Auslieferung von ETA-Mitgliedern an Spanien, strengere Kontrollen von Waffenhandel, finanzieller Unterstützung, Kooperation zwischen legalen und illegalen Organisationen, etc.

Einer der ersten Schritte, die die ETA zur Vermeidung weiterer Komplikationen unternahm, war der Verzicht auf die Benutzung des Internet, insbesondere des emailing. Das betraf auch die Benutzung von Handys, die häufig vom Geheimdienst abgehört wurden. Dies bedeutete eine Rückkehr zu den „altmodischen“, jedoch nicht weniger effektiven Methoden der persönlichen Kontakte, Verstecke und toten Briefkästen. Auf Seiten der Regierung wurde die Resolution 1.373 des UN-Sicherheitsrates zur Bekämpfung des Terrorismus benutzt, um den Vereinigungen der Familienangehörigen von ETA-Gefangenen (Senideak) die Subventionen zu streichen. Diese Resolution war jedoch nicht wirklich notwendig zur Verstärkung der Kontrollen und gesetzlichen Hindernisse für ETA-Sympathisanten. Lediglich ein paar Tage zuvor hatte der bereits erwähnte Richter Baltasar Garzón die Verhaftung von zwölf Führern der “Gestoras Pro Amnistía” und einem der Führer von Senideak angeordnet, die alle angeklagt wurden, Mitglieder einer terroristischen Vereinigung (ETA) zu sein. Im Juni 2002 wurde ein neues Gesetz erlassen, das alle Parteien, die sich weigerten “den Terrorismus zu verurteilen”, verbot. Das war die legale Basis zum Verbot der unabhängigen baskischen Koalition Batasuna im März 2003.

Baltasar Garzón war eine der wenigen verantwortlichen Persönlichkeiten Spaniens, die nicht ausschließlich vom ETA-Terrorismus besessen waren, sondern auch von der Idee, das Netzwerk der Al-Qaida in seinem Land zu zerstören. Bereits 1997, als niemand sich ernsthaft um den islamistischen Terrorismus kümmerte, wies er auf die Gefahren islamistischer Terrorgruppen, insbesondere aus dem Nahen Osten, Arabien und Nordafrika für Europa hin (Garzón 1997: XXXV-LIV). Ende 2001 ordnete er die Verhaftung von 40 verdächtigen Al-Qaida-Mitgliedern an, darunter die von Abu Dahdah, dem angeblichen Führer der Al-Qaida in Spanien. Im März 2003 schrieb er einen “Offenen Brief” – veröffentlicht in „El País“ vom 4.3.2003 – an den Ministerpräsidenten Aznar, in dem er ihn vor den Konsequenzen einer Beteiligung am „illegalen Krieg“ gegen den Irak warnte: „Das einzige Ergebnis

dieses ungerechten Krieges wird eine Verschlimmerung des islamischen Terrorismus sein und sein Export in andere Länder, besonders nach Spanien. Dies ist eine offensichtliche und schreckliche Angelegenheit, die Sie nicht begreifen wollen oder nicht begreifen können.“ (Ü. d. A.) Im September 2003 verfasste er eine Anklageschrift gegen Osama Bin Laden<sup>9</sup>.

---

<sup>9</sup> Auszüge aus dieser Anklageschrift finden sich in *Le Monde*, 17 March 2004 “Le rapport du juge Garzon sur Al-Qaida”

## 5. Einige unbeantwortete Fragen

Trotz der offensichtlichen Instrumentalisierung des ETA-Terrorismus während der Regierungszeit von Aznar – aber nicht nur seiner (!) – bleiben einige „schwarze Löcher“ im Hinblick auf die Untersuchungen des 11. März. Die der PP nahe stehende spanische Tageszeitung „El mundo“ veröffentlichte 39 Tage nach den tragischen Ereignissen von Madrid ein Spezial-Dossier. Es beginnt mit einer Erklärung, der zufolge die politische Instrumentalisierung des ETA-Terrorismus für den Wahlsieg am 14. März klar und deutlich nachweisbar sei:

“Während der Tage vor den Wahlen gab es eine – geheime – Vorbereitung spektakulärer Angriffe auf ETAs Führungszelle. Am 11.3. und danach konnte man Zeuge einer Manipulation von Informationen werden, vom Vertuschen wichtiger Spuren und vom Verstecken für die Lösung des Falls wichtiger Daten.“ (Ü. d. A.)<sup>10</sup>

Wie sämtliche Meinungsumfragen bis zum 10. März zeigten, gab es keinerlei Zweifel an einem dritten Wahlsieg der PP. Selbst Felipe González, der ehemalige Ministerpräsident unter der sozialistischen Regierung, war vom Wahlsieg der PP überzeugt. Aznars engste Berater, die wussten, dass sein wichtigstes Thema der Kampf gegen die ETA gewesen war, hatten sich darauf vorbereitet, dem Ministerpräsidenten einen Art “Abschiedsgeschenk” zu bereiten: die Festnahme der Führungsmannschaft der ETA und die Verhaftung sämtlicher bekannter operativer Kommandos. So hätte Aznar seine Präsidentschaft mit der Befriedigung abschließen können, eines seiner wichtigsten Versprechen erfüllt zu haben: die Beendigung des ETA-Terrorismus. Das für diesen “finalen Überraschungscoup” vorgesehene Datum hätte die Nacht vom Freitag, den 12. März sein sollen, dem Beginn des “Reflektionstages”, dem offiziellen Ende des Wahlkampfes.

Obwohl es trotz der Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission ziemlich wahrscheinlich ist, dass die wahren Drahtzieher

---

<sup>10</sup> “El Mundo’s” Spezial Report findet sich unter [www.elmundo.es/elmundo/2004/04/19/enespecial/10823565...](http://www.elmundo.es/elmundo/2004/04/19/enespecial/10823565...)

hinter diesen Terroranschlägen des 11. März niemals gefunden werden, lassen sich aus den Ereignissen in Spanien dennoch einige Schlussfolgerungen ziehen:

Es wurde deutlich, dass die terroristische Bedrohung nicht ad infinitum zur Stabilisierung der eigenen Macht ausnutzbar ist. Ebenso wenig nehmen die Bürger und Bürgerinnen eine fortschreitende Aushöhlung ihrer Grundrechte widerspruchslos hin. Dies gilt insbesondere für das Wahlverhalten der jungen Erstwähler, die als entscheidende neue Gruppierung zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung beitrugen sowie zum Stimmengewinn der Sozialistischen Partei. Nicht zuletzt der Wahlaufbruch der links von den Sozialisten stehenden Vereinigten Linken (IU), die Stimmen für einen Machtwechsel abzugeben, trug zum Sieg der Sozialistischen Partei bei. Innenpolitisch bewirkte der Machtwechsel einen wesentlich „entspannteren“ Umgang mit der Autonomiefrage – nicht nur des Baskenlandes, sondern auch der anderen autonomen Regionen. Sie findet ihren Niederschlag in einem neu geregelten Autonomiestatut, das den autonomen Regionen weit größere Befugnisse – auch als Vertreter im Rahmen der EU - zubilligt. Auch die Berichterstattung in den Medien erweckt den Eindruck, es werde gleichermaßen sorgfältig gegenüber dem ETA-Terrorismus und dem islamistischen Terrorismus vorgegangen.

Außenpolitisch änderte der Machtwechsel vor allem Spaniens Stellung innerhalb der EU – weg vom „neuen Europa“ und hin zum „alten Europa“. Dabei führte der sofortige Abzug spanischer Truppen aus dem Irak nicht zu – wie von der PP prophezeiten – unüberwindlichen Spannungen mit den USA. Eine weitere Neuerung betrifft die engere Zusammenarbeit mit den Maghrebstaaten, insbesondere Marokko und Algerien – nicht nur aufgrund des Terrorismus-Problems, sondern insbesondere durch die Betonung gemeinsamer Sicherheitsinteressen in der Region. Es spricht für die neue sozialistische Regierung, dass sie Sicherheitsinteressen nicht ausschließlich militärisch definiert, sondern kulturell – im Rahmen verstärkter Kooperations- und Austauschprojekte im Bildungs- und Kulturbereich, sowie ökonomisch durch verstärkte Investitionen in diesen Ländern.

## Literaturhinweise

- Aizpurua, Josu** (1998), ?Quo vadis, Euskalherria? Lo Vasco en las puertas del tercer milenio, San Sebastian (¿): Incipit Edit.
- Caro Baroja, Julio** (1984), El laberinto vasco, Estudios Vascos, Tomo XII, San Sebastian: Editorial Txertoa
- Caro Baroja, Julio** (1998), Ser o no ser vasco, Madrid: Edicion de Antonio Carreira, Espasa-Calpe
- Clark, Robert P.** (1984), The Basque Insurgents, ETA 1952-1980, Madison: The University of Wisconsin Press
- Fernández Aúz, Tomás** (1999), De la rabia a la razón, in: Beriain, Antonio u.a.: Razones contra la violencia, Bd. III, Bilbao: Bakaez, pp.39-90
- Gal-Or, Noemi (ed.)** (1991), Tolerating Terrorism in the West. An International Survey. London/New York : Routledge
- Garmendia, Jose Mari** (1984), Historia de ETA, Bd. XIV der Historia General del Pais Vasco unter der Leitung von Julio Caro Baroja, San Sebastian : Haranburu-Editor
- Garzón, Baltasar** (1997), „Con esperanza en el futuro“, Prologue in: Morán Blanco, Sagrario, ETA entre España y Francia, Madrid: Ed. Complutense, pp. XV-LIV
- Geller, Armando** (2002), Geschichte, Organisation und Taktik der ETA, pp.106-114 ([www.presdok.ch/sicherheitspolitik/te-ok/armandogeller.pdf](http://www.presdok.ch/sicherheitspolitik/te-ok/armandogeller.pdf))
- Gouverneur, Cédric** (2003), Dérives de la “guerre contre le Terrorisme”: Régression de la démocratie au Pays basque espagnol, *Le Monde diplomatique*, May 2003, pp. 10-11
- Gurrutxaga Abad, Ander** (1999), Transformación y futuro de nacionalismo vasco, in Beriain/Fernández, op cit., pp. 148-165
- Múgica, Fernando** (2004), Los agujeros negros del 11-M, El mundo, 23 de Abril de 2004 ([www.elmundo.es/elmundo/2004/04/19/enespecial/10823565...](http://www.elmundo.es/elmundo/2004/04/19/enespecial/10823565...))
- Ramos, Agustín Irizar** (1999), Estrategias de la violencia. De la catarsis mediática a la racionalización, in: Beriain, Josetxo/Fernández Ubieta R.(Eds): La Cuestión Vasca. Claves de un conflicto cultural y político. Barcelona : Proyecto A Ediciones, pp.179-192
- Reinares, Fernando** (2001), Patriotas de la muerte. Quiénes han militado en ETA y por qué, Madrid: Taurus
- Reinares, Fernando** (2003), Terrorismo Global, Madrid: Taurus
- Roller, Elisa** (2002), The Basque Country and Spain: Continued Deadlock? In: *Mediterranean Politics*, Vol.7, No.1 (Spring 2002), pp.113-123
- Schüler-Springorum, Stefanie** (2002): Baskische Rückenschmerzen oder : Die “Ethnisierung” des Alltags, in Werkstattgeschichte 32 , S. 75-81
- Sotelo, Ignacio** (2002): Las virtudes esclarecedoras del Pacto de Estella, in: El País v. 20.12.2000
- Villanueva, Javier** (1999): Apuntes para una nueva cartografía del „contencioso“ vasco, in: Beriain op.cit., pp. 211-221
- Waldmann, Peter** (1991); From the vindication of honour to blackmail: the impact of the changing role of ETA on society and politics in the Basque region of Spain, in: Gal-Or, Noemi, op.cit., pp.1-32

- Woodworth, Paddy** (2001), Why Do They Kill? The Basque Conflict in Spain, *World Policy Journal*, Spring 2001, pp.1-12
- Zallo, Ramón** (1999), Encuentros y desencuentros en la Segunda Transición, in: Beristain/Fernández, op.cit., pp.193-210